

# Wochenbericht

## **Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan**

Seite 2

Die Kosten des deutschen Afghanistan-Einsatzes sind nach Schätzungen des DIW Berlin weit höher als von der Bundesregierung angegeben. Selbst im Falle eines frühzeitigen Abzugs 2011 würde der Krieg zwischen 18 und 33 Milliarden Euro kosten. Jedes weitere Jahr in Afghanistan kostet unter Einbeziehung aller Faktoren etwa drei Milliarden Euro – das offizielle Kriegsbudget beträgt nur rund ein Drittel davon.

**Von Tilman Brück, Olaf de Groot und Friedrich Schneider**

## **„Die Kosten des Afghanistan-Einsatzes müssen auf breiterer Basis berechnet werden“**

Seite 12

**Fünf Fragen an Tilman Brück**

## **Finanzmarkttransaktionssteuer: Ein zweischneidiges Schwert, aber ein wichtiges Signal**

Seite 16

**Kommentar von Alexander Kritikos und Christian Dreger**

# Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan

Tilman Brück  
tbrueck@diw.de

Olaf de Groot  
odegroot@diw.de

Friedrich Schneider  
friedrich.schneider@jku.at

*In diesem Beitrag werden die bisherigen sowie die zukünftigen Gesamtkosten der Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan geschätzt. Es handelt sich hierbei um eine Berechnung mit zahlreichen Unsicherheitsfaktoren, die auf mehreren wichtigen Annahmen basiert. Es werden verschiedene mögliche Szenarien bezüglich Dauer und Intensität der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan berücksichtigt. In einem realistischen Szenario, in dem Deutschland noch einige Jahre in Afghanistan präsent bleibt, schätzen wir die Gesamtkosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan auf 26 bis 47 Milliarden Euro. Sollte sich Deutschland dazu verpflichten, das Engagement in Afghanistan auszuweiten, und mit stärkerem Widerstand konfrontiert werden, stiegen die Kosten erheblich an. Falls sich Deutschland hingegen 2011 aus Afghanistan zurückzieht, belaufen sich die Gesamtkosten der deutschen Beteiligung am Afghanistankrieg auf 18 bis 33 Milliarden Euro. Diese großen Kostenspannen sind den Unsicherheitsfaktoren zuzuschreiben, auf deren Grundlage die Kosten geschätzt werden mussten. Unseren Schätzungen zufolge kostet jedes weitere Jahr, in dem Deutschland am Einsatz in Afghanistan teilnimmt, zusätzliche 2,5 bis 3 Milliarden Euro. Dies steht im Widerspruch zum offiziellen Kriegsbudget, das für das Jahr 2010 1 059 Millionen Euro beträgt.*

Seit 2001 ist Deutschland an dem von den USA geführten Krieg in Afghanistan beteiligt.<sup>1</sup> Zum Zeitpunkt der Invasion wurde argumentiert, dass eine Beteiligung notwendig sei, um die Taliban und Al Kaida zu bekämpfen und auf die Ereignisse des 11. Septembers zu reagieren. Durch eine Beteiligung am Krieg werde die internationale Sicherheit und die Sicherheit für Deutschland gestärkt und dem afghanischen Volk geholfen. Wenig Aufmerksamkeit wurde in Deutschland damals und seither jedoch den Kosten geschenkt, die die Entscheidung für den Krieg nach sich zieht. Mit anderen Worten: Während eine lebhafte Debatte über den Nutzen des Krieges für Deutschland stattfindet, finden die Kosten der Entscheidung für den Krieg kaum Eingang in die öffentliche Diskussion. Das Ziel des vorliegenden Berichts ist es, diese Lücke zu füllen.<sup>2</sup>

Wir legen hiermit die ersten umfassenden, jedoch immer noch vorläufigen Schätzungen zu den finanziellen Gesamtkosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan vor. Aufgrund fehlender Daten und aufgrund der Ungewissheit unserer Annahmen ist dieser Bericht als eine provisorische Schätzung zu betrachten. Wir hoffen, diese Schätzung in Zukunft zu verbessern und dadurch ihre Präzision erhöhen zu können.

---

**1** In Übereinstimmung mit wirtschaftswissenschaftlichen und thematisch verwandten Beiträgen zu gewaltsamen Massenkriegen – diese Literatur konzentriert sich hauptsächlich auf die jährliche Zahl von Todesopfern infolge bewaffneter Aufstände – bezeichnen wir die Maßnahmen in Afghanistan als Krieg, wie dies auch das Friedensforschungsinstitut in Oslo (PRIO) und das Center for Systemic Peace tun.

**2** Wir bedanken uns bei Stefan Bach, Kerstin Bernoth, Michael Brzoska, Christian Dreger, Annaig Morin und Kati Schindler für ihre Kommentare und Anregungen. Matthew Minor und Laura Sinn haben uns durch ihre wissenschaftliche Mitarbeit hervorragend unterstützt. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat diese Studie im Rahmen des Projekts „The Global Economic Costs of Conflict“ finanziell gefördert. Eventuelle Fehler stammen von uns.

Wichtig ist auch klarzustellen, was die vorliegende Studie nicht unternimmt: Wir berechnen *nicht* die für Deutschland anfallenden Kosten des Krieges an sich, zumal es wahrscheinlich ist, dass der Krieg auch ohne die Beteiligung Deutschlands stattgefunden hätte. Aus diesem Grunde werden die makroökonomischen Auswirkungen des Konflikts nicht in die vorliegende Schätzung einbezogen, obwohl sie interessant und möglicherweise bedeutend sind. Stattdessen ist es das Ziel dieser Studie, eine Schätzung der zusätzlichen Kosten für Deutschland aufgrund der Beteiligung am Krieg vorzunehmen. Wir beziehen ebenfalls keine nicht-finanziellen Kosten wie durch den Krieg verursachte ökologische oder kulturelle Schäden mit ein. Schließlich lassen wir auch den potentiellen Nutzen des Krieges auf der anderen Seite der Kosten-Nutzen-Analyse außer Acht.

Die von uns gewählte Methode wurde in der Vergangenheit vom Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und seiner Ko-Autorin Linda Bilmes in deren Buch „Der Drei-Billionen-Dollar-Krieg“ (2008) eingesetzt, in dem die Gesamtkosten des Einsatzes der Vereinigten Staaten im Irak analysiert werden.<sup>3</sup> Die konservative Schätzung von Bilmes und Stiglitz für die Kosten des Irakkriegs liegt – wie der Buchtitel verlauten lässt – bei ungefähr drei Billionen US-Dollar. Viele der von Bilmes und Stiglitz berücksichtigten Kostenpunkte sind unseren ähnlich. Bilmes und Stiglitz nennen jedoch eine Reihe von für die USA spezifischen Kostenpunkten, die wir nicht einbeziehen. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Verpflichtungen des Ministeriums für Veteranenangelegenheiten, die in der Analyse von Bilmes und Stiglitz einen wichtigen Faktor für die Kosten darstellen, die aufgrund des Konflikts in Zukunft für die Vereinigten Staaten anfallen werden. Außerdem enthält der Bericht von Bilmes und Stiglitz einen langen Abschnitt über die makroökonomischen Auswirkungen des Konflikts. Wie bereits erwähnt, werden diese Kosten im vorliegenden Bericht nicht berücksichtigt. Des Weiteren ist es unwahrscheinlich, dass der Ölpreis aufgrund des Krieges in Afghanistan weltweit steigt, was die makroökonomischen Kosten des Krieges verringert.

Das 3-Billionen-Dollar-Preisschild, das Bilmes und Stiglitz dem Irakkrieg anheften, ist zwar beträchtlich höher als die Kosten, die aufgrund der Beteiligung am Afghanistankrieg für Deutschland anfallen; wir werden aber zeigen, dass die Gesamtkosten des Krieges noch immer weit über den offiziellen, von der Bundesregierung herausgegebenen Zahlen zu den staatlichen Ausgaben liegen, die einen Betrag von

4,1 Milliarden Euro (nicht als Kapitalwert ausgedrückt) für den Zeitraum 2001 bis 2010 nennen.<sup>4</sup> Allein im Jahr 2010 kostet der Krieg in Afghanistan nach Angaben der Bundesregierung 1 059 Millionen Euro.<sup>5</sup> Unserer Schätzung nach belaufen sich diese Kosten aber auf fast zwei Milliarden Euro ohne Zinsen.

## Die Ausgaben im Einzelnen

Die von uns einbezogenen Kosten werden im Rahmen von vier unterschiedlichen Kategorien behandelt. Zunächst sind dies alle Kosten, die auf das Verteidigungsministerium entfallen, gefolgt von den Kosten für andere Ressorts. Das dritte Kostenelement umfasst die Kosten für die Finanzierung sämtlicher zuvor genannter Ausgaben: Die Staatsausgaben können auf verschiedene Weise finanziert werden, zum Beispiel über Anleihen (was höhere Zinszahlungen bedeutet), zusätzliche Steuern (was in der Folge zu einem Konsumrückgang führt) oder den Verzicht auf andere Ausgaben (was einen Verdrängungseffekt von privaten Investitionen nach sich zieht). Zum Schluss fügen wir noch die für die deutsche Wirtschaft anfallenden, nicht im Haushalt erfassten Kosten hinzu.

### • Ausgaben des Verteidigungsministeriums

Das Verteidigungsministerium trägt einen bedeutenden Anteil der Kosten des Konflikts. Dieser Anteil wird im Rahmen des jährlichen Antrags der Bundesregierung bezüglich der im Haushalt eingeplanten Kriegsausgaben veröffentlicht.<sup>6</sup> Es besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen dem vom Ministerium geplanten und ausgewiesenen Budget und den tatsächlichen Ausgaben für den Krieg in Afghanistan. Für das Jahr 2009 wurde das Budget um ungefähr 25 Prozent überstiegen.<sup>7</sup> Mangels anderer Datenquellen gehen wir davon aus, dass die tatsächlichen Ausgaben in anderen Jahren ebenfalls ungefähr 25 Prozent über den vom Ministerium veröffentlichten Zahlen lagen. Zur Schätzung zukünftiger Ausgaben kommender Jahre beziehen wir uns auf die durchschnittlichen Kosten pro Soldat gemäß früheren Haushaltsberichten.

<sup>3</sup> Als ähnliche Studien sind zu nennen Nordhaus, W. D.: The Economic Consequences of a War in Iraq. NBER Working Paper No. W9361, 2002; Wallsten, S., Kosec, K.: The Economic Costs of the War in Iraq. AEI-Brookings joint Center Working Paper Nr. 05-19.

<sup>4</sup> Dies ist die Summe der Werte gemäß Antrag der Bundesregierung für jedes der vergangenen Jahre, von denen der letzte als Drucksache 17/39 am 18. November 2009 veröffentlicht wurde.

<sup>5</sup> Gemäß Antrag der Bundesregierung vom 18. November 2009, Drucksache 17/39, wies zunächst 784,7 Millionen Euro aus. Im April 2010 hat das Bundesverteidigungsministerium ein revidiertes Budget in Höhe von 1 059 Millionen Euro bekanntgegeben, auf das sich die Berechnungen dieses Berichts beziehen.

<sup>6</sup> Drucksachen 14/7930, 14/9246, 15/128, 15/1700, 15/3710, 15/5996, 16/2573, 16/4298, 16/10473 und 17/39.

<sup>7</sup> Gemäß Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu den Ausgaben für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen im Jahr 2009.

Zusätzlich zu diesen vom Verteidigungsministerium ausgewiesenen Kosten für den Krieg in Afghanistan fallen auch Kosten unterschiedlicher Art an, die das Ministerium nicht mit einbezieht, die aber dennoch Teil der Kriegskosten sind. An erster Stelle ist hier der Sold der Soldaten aufzuführen. Es wird zwar argumentiert, dass alle im Augenblick in Afghanistan im Einsatz stehenden Soldaten auch ohne diesen Krieg bei der Bundeswehr beschäftigt wären. Dies ist jedoch nicht realistisch.<sup>8</sup> Der Krieg in Afghanistan ist ein langfristiges Engagement, das nicht mehr als nebensächliche Notwendigkeit angesehen werden kann. Darüber hinaus ist die Gesamtzahl der Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, beachtlich (Abbildung 1). Wie von Petersohn erörtert, kommt auf jeden gegenwärtig in Afghanistan stationierten deutschen Soldaten ein Soldat, der gerade aus Afghanistan zurückgekehrt ist, und ein anderer, der sich auf den Einsatz vorbereitet.<sup>9</sup> Aus diesem Grunde berücksichtigen wir die gesamte Anzahl von den jährlich nach Afghanistan entsandten Soldaten unter Einbeziehung ihres Solds. Die jährlichen Kosten für die Anstellung eines durchschnittlichen Soldaten werden auf 50 000 Euro geschätzt.

Ein weiterer Kostenpunkt für das Verteidigungsministerium sind die Ausgaben für einen zukünftigen Rückzug aus Afghanistan. Wir berechnen die Rückzugskosten auf der Grundlage von Kostenschätzungen des niederländischen Verteidigungsministeriums. Es wird erwartet, dass sich die Kosten für die Versetzung der 1 200 niederländischen Soldaten, die gegenwärtig in Afghanistan stationiert sind, auf 229 Millionen Euro belaufen werden.<sup>10</sup> Unter der Annahme, dass die durchschnittlichen Kosten pro Soldat in Deutschland und den Niederlanden gleich hoch sind, bedeutet dies, dass ein Truppenabzug im Jahr 2010 zusätzlich 1,021 Milliarden Euro kosten würde. Natürlich fallen diese Kosten in der Zukunft an, sodass der Kapitalwert der Kosten davon abhängt, in welchem Jahr die Truppen tatsächlich abgezogen werden.

Da argumentiert werden kann, dass die Ausrüstung (einschließlich Tornado-Kampfflieger, Transall-Transportflugzeuge, Marder-Schützenpanzer und verschiedene gepanzerte Fahrzeuge) auch ohne den Konflikt gekauft worden wären – was übrigens eine sehr konservative Annahme darstellt –, wurden diese Kosten

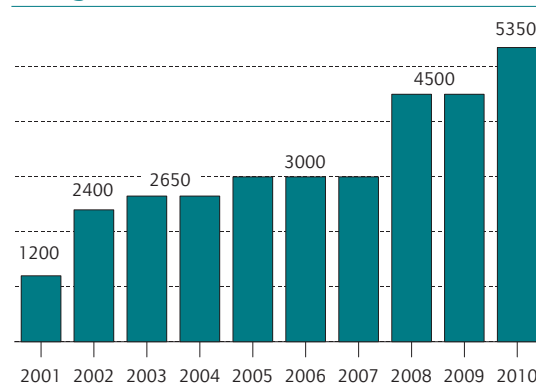
<sup>8</sup> Siehe auch Brzoska, M.: Sind militärische Interventionen ihr Geld wert? Zur Notwendigkeit begleitender Kosten- und Nutzenanalysen. Friedensgutachten 2007, 75–85.

<sup>9</sup> Petersohn, U.: Outsourcing the Big Stick: The Consequences of Using Private Military Companies. Weatherhead Center for International Affairs Working Paper Series, Nr. 08-0129, 2008, 73. Petersohn legt sogar dar, dass die Gesamtzahl der Soldaten verdoppelt werden muss, wenn eine zweimalige Entsendung innerhalb von sechs Monaten verhindert werden soll. Wir sind jedoch nicht der Meinung, dass dies notwendig ist.

<sup>10</sup> Gemäß Bijlage bij Stand van zakenbrief Afghanistan aus dem Jahr 2010.

Abbildung 1

### Zahl der deutschen Soldaten in Afghanistan

Quelle: [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de).

DIW Berlin 2010

Die Zahl der deutschen Soldaten in Afghanistan ist seit Beginn des Engagements stetig gestiegen, seit 2007 allein um mehr als 75 Prozent.

nicht einbezogen. Doch angesichts der Umstände, unter denen die Ausrüstung nun zum Einsatz kommt (sowohl mit größerer Intensität als auch unter Bedingungen, die dem Wert der Ausrüstung sehr viel weniger zuträglich sind), muss die stärkere Wertminderung einbezogen werden. Zu diesem Zwecke haben wir den jährlichen Betrag für eine gewöhnliche Wertminderung der in Afghanistan verwendeten Ausrüstung unter normalen Bedingungen im Jahr 2010 auf ungefähr 150 Millionen Euro geschätzt.<sup>11</sup> Wir gehen davon aus, dass sich diese Wertminderung aufgrund des Konflikts verdoppelt. Es wird zudem angenommen, dass das in der Vergangenheit beobachtete Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit (die Ausrüstung pro Soldat) in der Zukunft konstant bleibt.

Für den Staat anfallende Kosten aufgrund von Verletzungen und Behinderungen sind ein weiterer Faktor, der zu den Gesamtkosten des Krieges beiträgt. Wir gehen davon aus, dass jeder achte Soldat, der körperlich oder psychisch erkrankt (insbesondere aufgrund von posttraumatischem Stress), mit einer permanenten Behinderung leben muss.<sup>12</sup> Nach deutschem Recht sind Soldaten, die während der Dienstzeit eine Behinderung erleiden, dazu berechtigt, bis zum Ruhestand in der Armee zu bleiben, und erhalten 80 Prozent der übernächsten Besoldungsstufe. Der geschätzte prozentuale Anteil von Soldaten mit einer perma-

<sup>11</sup> Die Daten zur Ausrüstung stammen von [www.spiegel.de/thema/bundeswehreinsatz\\_afghanistan/](http://www.spiegel.de/thema/bundeswehreinsatz_afghanistan/), während die Kosten und Wertminderungsbeträge geschätzt wurden.

<sup>12</sup> Wie weiter unten aufgezeigt wird, beträgt der Anteil erkrankter Soldaten ungefähr 4,2 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass insgesamt 0,52 Prozent der Soldaten mit einer permanenten Behinderung leben müssen.

nenten Behinderung ist schwer zu überprüfen und geht mit einem sehr hohen Grad an Ungewissheit einher. Außerdem trägt der Staat auch die Behandlungs- und Pflegekosten für diese Soldaten. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Behandlungs- und Pflegekosten für jede verletzte Person auf 16 000 Euro belaufen, was wir – verglichen mit den durchschnittlichen Ausgaben für Behandlung und Pflege von anderen Menschen derselben Altersklasse – ebenfalls für eine konservative Schätzung halten.

Und schließlich erhalten Familien von gefallen Soldaten eine Entschädigung von 60 000 Euro sowie eine Witwen- oder Witwerrente, die bis zu 60 Prozent des Einkommens des jeweiligen Soldaten betragen kann.<sup>13</sup> Die exakte Höhe des Witwen-/Witwergeldes berechnet sich anhand des Einkommens, das der Witwe beziehungsweise dem Witwer aus anderen Quellen zur Verfügung steht, und die Zahlung der Rente wird eingestellt, wenn die Witwe oder der Witwer erneut heiratet. Unter Berücksichtigung von Witwen und Witvern, die auch selbst Geld verdienen, nehmen wir an, dass die durchschnittliche Witwe oder der durchschnittliche Witwer nur zehn Jahre lang eine Rente von lediglich 15 000 Euro pro Jahr (30 Prozent des Einkommens) erhält.

#### • Staatliche Ausgaben in anderen Ressorts

Während die direkten Kosten des Krieges vom Verteidigungsministerium getragen werden, gibt es viele andere Ressorts, die aufgrund der Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan ebenfalls höhere Ausgaben haben. Es ist zwar nicht möglich, eine umfassende Aufstellung vorzulegen, doch wir erachten die folgenden Bereiche als die wichtigsten:

#### • Sicherheit

Der Krieg in Afghanistan hatte zum Ziel, die Sicherheitslage sowohl in Afghanistan als auch im Westen zu verbessern, indem Terroristen ein ungestörter Aufenthalt in diesen Ländern verwehrt werden sollte. Doch der Afghanistankonflikt hat auch viele Menschen – insbesondere im Nahen Osten – gegenüber den beteiligten Staaten feindlich gestimmt, weshalb vermehrt westliche Einrichtungen bedroht wurden. Aus diesem Grunde hat sich die Sicherheitslage für Deutschland möglicherweise verschlechtert, und die Sicherheitsausgaben mussten erhöht werden. Diese Kosten resultieren jedoch nicht aus der Beteiligung Deutschlands am Krieg, und es können lediglich die zusätzlichen Drohungen, die direkt an Deutschland gerichtet werden, dem deutschen Engagement in Af-

ghanistan zugeschrieben werden.<sup>14</sup> Leider ist es sehr schwierig, diese zusätzlichen Ausgaben für Sicherheit zu quantifizieren, insbesondere weil Sicherheitsausgaben nicht nur einem einzelnen Ressort und auch nicht auf einer einzelnen administrativen Ebenen entstehen.<sup>15</sup> Wir gehen von einem konservativen Betrag von 20 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten für das Jahr 2010 und Kosten proportional zur Anzahl entsandter Soldaten in den anderen Jahren aus. Im Vergleich zu den gesamten deutschen Sicherheitsausgaben, die sich bereits im Jahr 2004 auf 56,1 Milliarden Euro beliefen, ist dieser Betrag sehr niedrig.

#### • Außenpolitik

Der Konflikt in Afghanistan und die deutsche Beteiligung an diesem Konflikt haben zu einer Verschlechterung der Stellung Afghanistans gegenüber seinen Nachbarländern – insbesondere Ländern wie Pakistan und Usbekistan – geführt. Als Ausgleich für diesen Ansehensverlust und als Entschädigungsleistung an Usbekistan für die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes und des Luftraums musste der deutsche Staat zusätzliche Mittel sowohl für diplomatische Maßnahmen als auch für Entwicklungshilfe und weitere Hilfsprojekte aufwenden. Laut Auswärtigem Amt hat man Pakistan in den Jahren 2008 und 2009 beispielsweise 87 Millionen Euro Hilfgelder versprochen, während das nicht weit entfernte Bangladesch im gleichen Zeitraum trotz größerer Bevölkerung nur 55 Millionen Euro zugesprochen bekam. Vergleicht man Usbekistan und Kasachstan miteinander, wird sofort klar, dass Usbekistan deutlich mehr Entwicklungsgelder erhalten hat als Kasachstan. Seit Mitte der 90er Jahre hat Usbekistan 265 Millionen Euro erhalten, Kasachstan lediglich 115 Millionen Euro. Doch da diese Kosten nur sehr schwer quantifizierbar sind, gehen wir für den Haushalt 2010 von 30 Millionen Euro zusätzlicher Kosten aus und variieren diese Kosten für die anderen Jahre nach der Zahl der Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz standen.

#### • Entwicklungsprogramme

Während die deutsche Regierung seit langem eine aktive Politik der Beteiligung an Entwicklungsprogrammen in Afghanistan und anderen Ländern verfolgt, sind einige Programme direkt der deutschen Beteiligung am Krieg zuzuschreiben. Im Jahr 2002 begann die Bundesregierung mit einem bilateralen Entwicklungsprogramm in Höhe von 80 Millionen Euro pro Jahr, der seither auf 125 Millionen Euro pro Jahr erhöht wurde. Ein weiteres Programm zur Förderung des Nation Building ist der Stabilitätspakt

<sup>13</sup> Gemäß [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de).

<sup>14</sup> Dies wird auch von politischen Entscheidungsträgern anerkannt.

<sup>15</sup> Schulze-Steikow, R.: Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit 2004. Wirtschaft und Statistik 5/2007, 499–505.



Afghanistan, der im Jahr 2009 mit einem Betrag von 115,7 Millionen Euro (180,7 Millionen Euro im Jahr 2010) ins Leben gerufen wurde. Beide Programme wären möglicherweise auch ohne deutsche Beteiligung am Krieg lanciert worden, weshalb wir lediglich die Hälfte dieser Kosten dem Krieg zuschreiben. Abschließend gehen wir auch davon aus, dass sich Deutschlands Ausgaben für multilaterale Entwicklungsprogramme zugunsten Afghanistans (UNO, NATO, EU, Weltbank) erhöht haben: Wir nehmen hier konservativ einen Betrag von 20 Millionen Euro für das Jahr 2010 an, wobei die Kosten in anderen Jahren proportional zur Zahl entsandter Soldaten variieren.

### • Polizeiausbildung

Deutschland beteiligt sich an zwei wichtigen Projekten zur Polizeiausbildung. Das erste erfolgt im Rahmen von EUPOL, einer Polizeimission der Europäischen Union, die durch die Beiträge der EU-Mitgliedstaaten finanziert wird. Es ist klar, dass dieser Kostenpunkt nicht aufgrund der deutschen Militärpräsenz erhöht wurde. Das Deutsche Polizeiprojektteam (GPPT) hingegen wird erst durch die Präsenz der deutschen Armee in Afghanistan ermöglicht. Die Kosten dieses Programms (128,3 Millionen Euro von 2007 bis 2010) können daher voll und ganz dem Krieg zugeschrieben werden.

### • Finanzierung staatlicher Ausgaben

Um die Finanzierung der Staatsausgaben sicherzustellen, stehen dem Staat eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung. Entweder kann er Steuern erheben, was Kosten in Form von Einkommenseinbußen nach sich zieht. Oder er kann Mittel einsetzen, die eigentlich für andere Ausgaben bestimmt waren, was wiederum Kosten verursacht, wenn diese Mittel ursprünglich einer produktiveren Nutzung zugeteilt waren. Und schließlich kann ein Staat auch Kredite aufnehmen, wobei das geliehene Geld später zurückgezahlt werden muss und Zinsen anfallen.

Da nie ausdrücklich entschieden wurde, wie der Krieg in Afghanistan finanziert werden soll, müssen wir für die vorliegende Studie eine Annahme zur Finanzierung des Krieges treffen.<sup>16</sup> Um unterschiedlichen Ansichten zum Thema staatlicher Finanzierung gerecht zu werden, verwenden wir zur Berechnung der Finanzierungskosten zwei verschiedene Methoden.

Bei Methode A unterstellen wir, dass die Kriegsausgaben Teil des Gesamthaushaltes sind und daher in gleichem Maße wie andere Ausgaben in Teilen durch Steuern und in Teilen durch Anleihen finanziert werden. Im Durchschnitt bedeutet dies, dass ungefähr 90 Prozent der Ausgaben über Steuern finanziert werden; im Jahr 2010 ist dieser Anteil allerdings aufgrund der globalen Finanzkrise auf unter 75 Prozent gefallen. Es wird angenommen, dass der steuerlich finanzierte Anteil des Kriegsbudgets zu einer Verdrängung anderer Investition führt, etwa im Bildungsbereich. In diesem Fall können wir den geschätzten Wert des Multiplikators für Militärausgaben und des geschätzten Multiplikators für andere Staatsausgaben verwenden und die Differenz als Opportunitätskosten der Finanzierung steuerbasierter Ausgaben betrachten. Wie Bilmes und Stiglitz gehen auch wir davon aus, dass die Differenz zwischen diesen Multiplikatoren 0,4 beträgt, obwohl die Offenheit der deutschen Wirtschaft eine bedeutend größere Differenz zwischen diesen beiden Werten wahrscheinlich macht. In Bezug auf den über Anleihen finanzierten Anteil der Kriegsausgaben unterstellen wir, dass der Staat zur Finanzierung des Krieges implizit Kriegausgaben mit einer Laufzeit von zehn Jahren ausgibt, die bei Fälligkeit zusammen mit dem Zins vollständig zurückzahlen sind. Bei der Rückzahlung entsprechen die Kriegskosten der Höhe der kumulierten Zinsen, und es entstehen Kriegsfinanzierungskosten entsprechend der Differenz zwischen den Multiplikatoren, multipliziert mit der Summe von Kapital und Zins. Wir verwenden eine Zinsrate von drei Prozent, weisen aber durch einen Robustheitstest nach, dass die Höhe der Zinsrate das Ergebnis nicht wesentlich beeinflusst.

Aufgrund der schwierigen Schätzung der Differenz zwischen den Multiplikatoren sowie der Tatsache, dass diese Methode zur Berechnung von Kosten der Mittelbeschaffung umstritten ist, wird die Einbeziehung einer weiteren Finanzierungsmethode notwendig.<sup>17</sup>

Bei Methode B gehen wir davon aus, dass der Staat alle erforderlichen Mittel für die Beteiligung am Krieg in Form von Krediten beschafft. Solange keine Rückzahlung erfolgt, laufen Zinsen auf. In Anlehnung an die Vorgehensweise von Bilmes und Stiglitz berücksichtigen wir lediglich die Zinszahlungen, die bis zum Jahr 2020 erforderlich sind. Diese Methode hat den entscheidenden Vorteil, dass sie keine spezifischen Annahmen zum Wert der verschiedenen Multiplikatoren erfordert. Sie hat jedoch den Nachteil, dass

<sup>16</sup> Dies steht im Widerspruch zu den Ausführungen David Ricardos, der in seinem Essay on the Funding System (1820) den Ausbruch eines Krieges als Beispiel verwendet, um zu beweisen, dass die Finanzierungsmethode eigentlich irrelevant ist, und zu den Aussagen John M. Keynes', der sich in seiner Schrift How to Pay for the War aus dem Jahr 1940 explizit mit demselben Thema befasst. Ricardos Theorie ist zwar elegant, wurde jedoch inzwischen widerlegt.

<sup>17</sup> Verschiedene Autoren argumentieren, dass die Differenz kleiner oder gar inexistent ist. Vgl. Garcia-Milà, T.: Some Empirical Evidence on Government Purchase Multipliers. *Economics Letters* 31, 1989, 375–380; Arin, K. P., Koray, F.: Fiscal Policy and Economic Activity: U.S. Evidence. *CAMA Working Papers* Nr. 2005-09.

der Kredit selbst nie zurückgezahlt wird, wodurch das Ende der Finanzierung offen bleibt und nicht erfasst werden kann. Darüber hinaus scheint die Entscheidung, die Zinszahlungen auf eine Periode bis zum Jahr 2020 zu begrenzen, willkürlich und in der Theorie nicht begründet.

#### • Nicht aus Haushaltsmitteln bestrittene Kosten

Schließlich entstehen verschiedene Kosten, die nicht vom Staat getragen werden, die aber dennoch wirtschaftliche Kosten für die Gesellschaft darstellen. Diese Kosten, die unserer Schätzung hinzugefügt werden müssen, umfassen nicht vom Staat übernommene medizinische Kosten, den Verlust von Soldatenleben sowie Produktivitätseinbußen bei verletzten Soldaten. Die Bezifferung des Wertes eines Soldatenlebens ist ein besonders heikles Thema, da die Berechnung des Wertes eines Menschenlebens als unethisch gelten kann. Es gibt jedoch wissenschaftliche Methoden zur Berechnung des Wertes eines Statistischen Lebens (WSL), und wir wenden eine dieser Methoden an. Bilmes und Stiglitz setzen in ihrem Buch einen Wert von 7,2 Millionen US-Dollar für den Verlust eines amerikanischen Menschenlebens an, aber dieser WSL beruht auf amerikanischen Zahlen. Wir verwenden stattdessen drei europäische Studien (eine belgische, eine niederländische und eine deutsche), die alle zu sehr ähnlichen Werten gelangen.<sup>18</sup> Damit unsere Analyse konservativ bleibt, verwenden wir die niedrigste der drei Schätzungen, bei der ein Menschenleben einen Wert von 2,05 Millionen Euro hat. Zur Berechnung der Produktivitätseinbußen aufgrund von Verletzungen gehen wir in gleicher Weise vor.

#### • Hohe Unterschiede bei Genauigkeit der Annahmen

Bevor wir unsere Schätzungen präsentieren, muss noch einmal betont werden, dass wir uns auf eine Reihe von Annahmen stützen, von denen einige genauer sind als andere. Aus diesem Grunde stellen wir eine Sensitivitätsanalyse unserer Punktschätzungen vor, die Aufschluss über die Genauigkeit der Schätzungen gibt. Dazu haben wir die Stichhaltigkeit unserer Annahmen analysiert und als hoch, mittel oder niedrig eingestuft. Die Genauigkeit der Annahmen in diesen Kategorien entspricht den Prozentwerten 20 Prozent, 50 Prozent oder 100 Prozent. Die unteren und oberen Enden der Schätzungen bestehen aus der Punktschätzung zuzüglich oder abzüglich des jeweiligen Prozentsatzes. Dies bedeutet, dass am unteren Ende der

Tabelle 1

#### Kostenpunkte nach der Genauigkeit der Annahmen

Hoch (20 Prozent)	Mittel (50 Prozent)	Niedrig (100 Prozent)
Kriegsbudget	Wertminderung der Ausrüstung	Medizinische Behandlung, Pflege und Behinderungen (durch den Staat übernommen)
Sold der Soldaten	Außenpolitik	Medizinische Versorgung (nicht durch den Staat übernommen)
Rückzug	Entwicklungsprogramme	Sicherheit/Terrorismus
Witwen-/Witwerrenten	Verlust von Menschenleben	Produktivitätseinbußen aufgrund von Verletzungen
Polizeimissionen		
Finanzierung		

Quelle: Zusammenstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Die Genauigkeit der Annahmen variiert stark** – die Prozentwerte geben die Schwankungsbreite der jeweils geschätzten Kosten an. Niedrige Prozentzahlen bedeuten also präzisere Annahmen.

Schätzungen die Kostenpunkte, für die wir nur sehr ungenaue Schätzungen machen können, ausgeschlossen sind. In Tabelle 1 ist unsere eigene Bewertung der Genauigkeit unserer Annahmen dargestellt.

#### Vorzeitiger Rückzug oder Ausweitung des Engagements?

Für unsere Schätzung der Kosten der deutschen Beteiligung am Konflikt in Afghanistan haben wir drei verschiedene Szenarien berücksichtigt. Im ersten Szenario wird davon ausgegangen, dass alle deutschen Truppen bis Ende 2011 aus Afghanistan abgezogen werden. Dies ist kein sehr realistisches Szenario, da Deutschland sowohl gegenüber dem afghanischen Volk als auch gegenüber seinen NATO-Partnern langfristige Verpflichtungen hat. Aus diesem Grunde betrachten wir auch ein realistischeres Szenario, bei dem die Truppen bis zum Jahr 2016 in Afghanistan stationiert sind, wobei die deutsche Beteiligung in den Jahren 2011 bis 2013 auf gleichem Niveau bleibt, während von 2014 bis 2016 jedes Jahr ein Drittel der Truppen abgezogen wird. Ein letztes Szenario ist das Szenario eines umfassenden Engagements, bei dem die Zahl deutscher Soldaten im Rahmen des ISAF-Einsatzes im Jahr 2011 verdoppelt wird und dann bis 2020 auf dem gleichen Niveau bleibt. In diesem Szenario wird unterstellt, dass Deutschland sein Engagement angesichts des anfänglich zunehmenden Widerstands verstärkt. Laut diesem Szenario klingt der Krieg nach 2016 ab, und die deutschen Soldaten dienen dann nur noch der Friedenssicherung. Dadurch reduziert sich die Verletzungs- und Todesrate auf Null.

Für die Zeitperioden, in denen die Todesrate noch nicht Null beträgt, gehen wir davon aus, dass das in den letzten Jahren bestehende durchschnittliche Todesfallrisiko pro Soldat gleich bleibt. Angesichts der zunehmenden Todesfälle in jüngster Zeit ist dies eine konservative Annahme. Für die Zahl gefechts-

<sup>18</sup> De Brabander, B., Vereeck, L.: Valuing the Prevention of Road Accidents in Belgium. *Transport Reviews*, Band 27(6), 2007; Raad voor de Volksgezondheid en Zorg: Zinnig en Duurzame Zorg. Policy Advice to Ministry of Health, 2006; Spengler, H.: Kompensatorische Lohn-differenziale und der Wert eines statistischen Lebens in Deutschland. *Darmstadt Discussion Papers in Economics* Nr. 133, 2004.

Tabelle 2

### Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan seit Kriegsbeginn nach Szenarien

In Millionen Euro zu Preisen des Jahres 2010

	Rückzug 2011	Realistisch	Umfassendes Engagement
<b>Offizielles Kriegsbudgets</b>	<b>6 744</b>	<b>9 730</b>	<b>20 086</b>
<b>Weitere Kosten für das Verteidigungsministerium</b>	<b>8 790</b>	<b>12 451</b>	<b>25 579</b>
Sold der Soldaten	5 932	8 822	18 844
Rückzug	991	881	1 519
Wertminderung der Ausrüstung	1 109	1 648	3 522
Entschädigung für Witwen/Witwer	95	146	233
Medizinische Behandlung, Pflege und Behinderungen	662	953	1 460
<b>Kosten weiterer Ressorts</b>	<b>1 567</b>	<b>2 281</b>	<b>3 485</b>
Sicherheit/Terrorismus	177	261	405
Außenpolitik	266	391	608
Entwicklungsprogramme	952	1 313	1 652
Polizeimission	172	317	820
<b>Gesamtsumme der auflaufenden Kosten</b>	<b>17 102</b>	<b>24 462</b>	<b>49 151</b>
Spektrum der Schätzungen	12 300 bis 21 900	17 600 bis 31 300	36 100 bis 62 200

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Selbst im günstigsten – aber unrealistischen – Fall eines frühzeitigen Abzugs aus Afghanistan 2011 würde der Einsatz mindestens zwölf Milliarden Euro kosten.**

bedingter Verletzungen treffen wir dieselbe Annahme. Doch die Zahl der Personen, die im Gefecht eine Verletzung erleiden (146 bis zum 1. Mai 2010), macht nur einen kleinen Teil der Gesamtzahl von Personen aus, die sich Verletzungen zuziehen oder eine Behinderung erleiden. Eine große Rolle spielen auch nicht-gefechtsbedingte Verletzungen und – noch wichtiger – posttraumatischer Stress sowie andere stressbedingte psychische Probleme. In der Armee der Vereinigten Staaten erkrankten ungefähr 40 Prozent der Soldaten. Im Bestreben, die Schätzung so konservativ wie möglich zu halten, verwenden wir die offiziell gemeldeten Zahlen der Jahre 2006 und 2008, aus denen sich ergibt, dass ungefähr 4,2 Prozent der Soldaten über psychische oder körperliche Erkrankungen berichteten.

### Deutscher Afghanistan-Einsatz kostet mindestens zwölf Milliarden Euro

Tabelle 2 enthält Schätzungen zu den Kosten, die dem Staatshaushalt entstehen. Wie zu sehen ist, liegen diese Kosten im realistischsten der drei Szenarien zwischen 18 und 31 Milliarden Euro, wobei im Mittel Kosten von rund 24,5 Milliarden Euro erwartet werden. Es handelt sich um die vollständigen Haushaltsausgaben für den gesamten Krieg, ausgedrückt als Kapitalwert bei einem Diskontsatz von drei Prozent.<sup>19</sup> Falls Deutschland seine Streitkräfte hingegen im Jahr 2011 aus Afghanistan abzieht, belaufen sich die dem Staatshaushalt entstehenden Kosten auf zwölf bis 22 Milliarden Euro. Beim Szenario eines umfassenden Engagements wiederum fallen für den deutschen Staatshaushalt als Kapitalwert ausgedrückte Gesamtkosten von 36 bis 62 Milliarden Euro an. Da die Punktschätzungen eine fälschliche Genauigkeit vermitteln, stellen wir auch das gesamte Spektrum unserer Schätzungen dar.

Wie wir weiter oben ausgeführt haben, entstehen jedoch auch außerhalb des Staatshaushalts Kosten: Es handelt sich dabei sowohl um wirtschaftliche Kosten als auch um die Kosten der Finanzierung von Staatsausgaben. Da die Wahl der Methode zur Finanzierung des Krieges umstritten sein kann, präsentieren wir die einzelnen Schätzungen für beide Methoden (Tabelle 3). Bei Methode A, die davon ausgeht, dass der Krieg auf die gleiche Art und Weise finanziert wird wie der Rest des Haushalts, belaufen sich die nicht im Haushalt enthaltenen Gesamtkosten für das realistische Szenario schätzungsweise auf neun bis 15 Milliarden Euro. Bei Methode B, die unterstellt, dass der gesamte Krieg über Anleihen finanziert wird und

Tabelle 3

### Nicht im Haushalt enthaltene Kosten nach Finanzierungsmethoden

In Millionen Euro zu Preisen des Jahres 2010

	Rückzug 2011	Realistisch	Umfassendes Engagement
<b>Methode A</b>			
<b>Summe der Finanzierungskosten</b>	<b>7 450</b>	<b>10 632</b>	<b>21 278</b>
<b>Weitere Kosten</b>	<b>937</b>	<b>1 384</b>	<b>2 160</b>
Medizinische Versorgung	53	78	121
Verlust von Menschenleben	128	195	311
Produktivitätseinbußen aufgrund von Verletzungen	756	1 111	1 727
<b>Gesamtkosten, nicht im Haushalt enthalten</b>	<b>8 387</b>	<b>12 015</b>	<b>23 439</b>
Spektrum der Schätzungen	6 000 bis 10 800	8 600 bis 15 400	17 200 bis 29 700
<b>Methode B</b>			
<b>Summe der Finanzierungskosten</b>	<b>6 116</b>	<b>7 324</b>	<b>9 891</b>
<b>Weitere Kosten</b>	<b>937</b>	<b>1 384</b>	<b>2 160</b>
Medizinische Versorgung	53	78	121
Verlust von Menschenleben	128	195	311
Produktivitätseinbußen aufgrund von Verletzungen	756	1 111	1 727
<b>Gesamtkosten, nicht im Haushalt enthalten</b>	<b>7 054</b>	<b>8 708</b>	<b>12 051</b>
Spektrum der Schätzungen	5 000 bis 9 200	6 000 bis 11 500	8 100 bis 16 000

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Die reine Anleihefinanzierung (Methode B) der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan wäre günstiger als die Verwendung von Steuergeldern (Methode A).**

<sup>19</sup> Wir verwenden Diskont- und Zinssätze von drei Prozent wegen ihrer Nähe zum langfristigen Zins auf deutsche Staatsanleihen gemäß [www.ecb.int/stats/money/long/html/index.en.html](http://www.ecb.int/stats/money/long/html/index.en.html).



dass lediglich für einen Zeitraum von zehn Jahren Zinsen zu zahlen sind, werden die nicht im Bundeshaushalt auflaufenden Gesamtkosten auf sechs bis elf Milliarden Euro geschätzt.

Tabelle 4 zeigt die Gesamtkosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan unter Verwendung der umfassenderen Methode A. Bei einem fast sofortigen Rückzug sind Gesamtkosten von 18 bis 33 Milliarden Euro bei einer Punktschätzung von gut 25,5 Milliarden Euro anzunehmen. Für das realistischere Szenario liegen die Schätzungen bei 26 bis 47 Milliarden Euro, wobei der zu erwartende Wert gut 36,5 Milliarden Euro beträgt. Im Szenario des umfassenden Engagements werden die Kosten auf 53 bis 92 Milliarden Euro geschätzt, wobei als Punktschätzung fast 73 Milliarden Euro ermittelt wurden (Kasten 1).

### Offizielles Kriegsbudget unterschätzt Gesamtkosten

Von den unverzinslichen staatlichen Ausgaben lassen sich ungefähr 91 Prozent dem Verteidigungsministerium zuordnen, während die restlichen neun Prozent von anderen Ressorts getragen werden. Gemäß unserer Schätzungen werden nur 40 Prozent der staatlichen Ausgaben (ohne Zinsen) offiziell als Kosten des Afghanistankonflikts ausgewiesen, und sogar von den Kosten, die dem Verteidigungsministerium entstehen, werden lediglich rund 44 Prozent als derartige Ausgaben deklariert. Von den gesamten Kriegskosten, einschließlich wirtschaftlicher Kosten, fallen nur etwa 27 Prozent unter das offizielle staatliche Kriegsbudget.

### Jedes Jahr in Afghanistan kostet fast drei Milliarden Euro

Eine interessante Zahl ist auch der finanzielle Aufwand eines Verbleibens in Afghanistan für ein weiteres Jahr. Da die Kosten hier als Kapitalwert ausgedrückt werden, sind zukünftige Jahre zu gegenwärtigen Preisen günstiger als das gegenwärtige Jahr. Aus diesem Grunde können wir die Kosten eines Abzugs im aktuellen Kalenderjahr (was praktisch gesehen gar nicht möglich ist) und die Kosten eines Abzugs im nächsten Jahr (Szenario Rückzug 2011) miteinander vergleichen. Die Differenz der Kosten für den Haushalt beträgt fast zwei Milliarden Euro, was folglich den Staatsausgaben für einen Verbleib in Afghanistan für ein weiteres Jahr bei gleich bleibender Truppenstärke und der gegenwärtigen Zahl von Todesopfern entspricht. Darüber hinaus kommen bei der Finanzierungsmethode A als nicht im Haushalt enthaltene Kosten noch weitere 709 bis 1 282 Millionen Euro hinzu. Die zu erwartenden Grenzkosten des Verbleibens der deutschen Truppen in Afghanistan für ein weiteres Jahr betragen für die deutsche Wirtschaft insgesamt 2 970 Millionen Euro (Kasten 2).

Tabelle 4

### Die geschätzten Gesamtkosten der Beteiligung Deutschlands seit Kriegsbeginn nach Szenarien<sup>1</sup>

In Milliarden Euro zu Preisen des Jahres 2010

Szenarien	Unteres Ende	Punktschätzung	Oberes Ende
Rückzug 2011	18,3	25,488	32,6
Realistisch	26,2	36,478	46,8
Umfassendes Engagement	53,3	72,589	91,9

<sup>1</sup> Unter Verwendung der Finanzierungsmethode A.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Das realistische Szenario geht von einem schrittweisen Abzug deutscher Truppen ab 2013 aus. Der Krieg würde Deutschland dann gut 36 Milliarden Euro kosten.

### Alternative Annahmen

Verschiedene wichtige Vorbehalte sind zu erwähnen. Aufgrund fehlender Daten sind viele der Zahlen in den vorangehenden Tabellen Annäherungswerte, und das Spektrum dieser Annäherungswerte ist zudem äußerst variabel. Einige der Zahlen sind recht präzise,

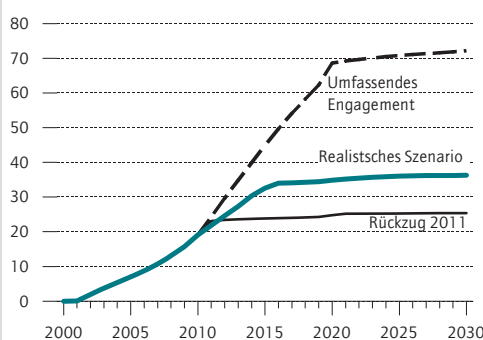
Kasten 1

### Wie die Kosten wachsen

Die Abbildung zeigt, wie sich die Kosten im Zeitverlauf akkumulieren. Bisher hat die Beteiligung am Konflikt in Afghanistan ungefähr 19 Milliarden Euro gekostet, und selbst im Falle eines fast sofortigen Abzugs (im Jahr 2011) häufen sich künftig weitere Kosten an. Diese Kosten stehen im Zusammenhang mit der Versetzung der Truppen, aber auch mit der Finanzierung, mit medizinischer Behandlung und Pflege sowie mit Zahlungen an Witwen und Witwer – Kosten also, die in der Zukunft anfallen, die jedoch durch Ereignisse in der Vergangenheit verursacht wurden.

### Gesamtkosten des Afghanistan-Einsatzes nach Szenarien

In Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

## Kasten 2

**Dieser Kosten des Krieges  
im Vergleich mit anderen Staatsausgaben**

Die Kosten der deutschen Beteiligung in Afghanistan sind das Eine, die Frage lautet aber: Was könnte sonst mit diesem Geld getan werden? Unter ausschließlicher Berücksichtigung der staatlichen Ausgaben finden sich im Folgenden einige alternative Prioritäten für die Politik:

Wenn die jährlich dem Staatshaushalt entstehenden Ausgaben von 1 974 Milliarden Euro (ohne Zinsen) Teil des Haushalts des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (6 070 Millionen Euro im Jahr 2010) wären, käme dies einem Mittelzuwachs um 33 Prozent gleich.

Im Jahr 2010 gibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ungefähr 4 480 Millionen Euro an Elterngeld aus. Würden die jährlichen unverzinsten Staatsausgaben, die für den Afghanistankonflikt aufgewendet werden, in diesem Bereich eingesetzt, könnte das Elterngeld um über 44 Prozent erhöht werden.

während andere geschätzt werden mussten oder sogar nur vermutet werden konnten. Doch insbesondere bei der Berechnung der am wenigsten gewissen Faktoren sind wir der Ansicht, dass unsere Schätzungen äußerst konservativ sind. Und selbst wenn unsere provisorischen Schätzungen sehr ungenau sind, ist es hilfreich, überhaupt eine erste Schätzung zu haben, um den zukünftigen Datenbedarf zu bestimmen. Dies kann zu einer Debatte über die Transparenz der Kosten für die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan beitragen. Außerdem vermitteln auch unpräzise Schätzungen eine Vorstellung von den Kostenstrukturen des deutschen Einsatzes.

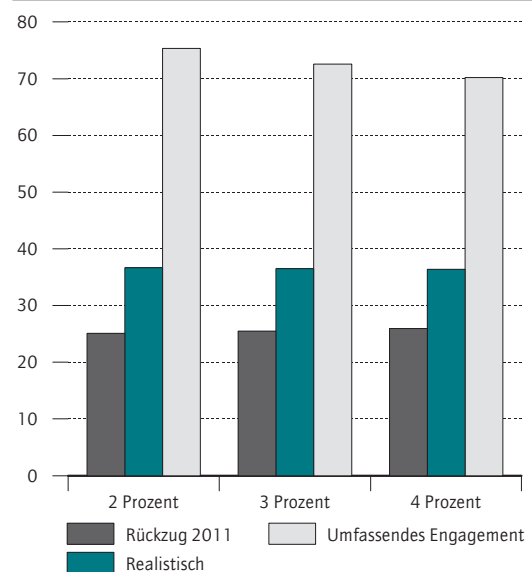
Eine weitere Annahme, die wir in dieser Analyse getroffen haben, betrifft die Zins- und Diskontsätze. Zur Veranschaulichung der Sensitivität der Ergebnisse enthält Abbildung 2 die Ergebnisse für verschiedene Zins- und Diskontsätze. Es wird ersichtlich, dass sich die Gesamtbeträge bei unterschiedlichen Diskontsätzen nicht wesentlich ändern.

Bei einem Vergleich unserer Resultate mit den Ergebnissen von Bilmes und Stiglitz wird klar, dass Bilmes und Stiglitz verschiedene Kostenpunkte einbeziehen, die wir außer Acht lassen. Diese Kostenpunkte beziehen sich hauptsächlich auf die makroökonomischen Auswirkungen des Krieges an sich und nicht auf die deutsche Beteiligung am Krieg. Darüber hinaus berücksichtigen Bilmes und Stiglitz auch verschiedene Kostenpunkte, die sehr spezifisch auf die Vereinigten Staaten zutreffen, im Falle Deutschlands jedoch nicht besonders relevant sind. Zu den Folgen des Krieges, welche nicht in unsere Analysen mit eingeflossen sind, gehört der Einfluss des Konflikts auf den Ölpreis und die Aktienmärkte. US-spezifische Aspekte

Abbildung 2

**Kosten des Afghanistan-Einsatzes  
nach der Höhe der Diskontsätze**

In Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

sind beispielsweise die Versicherungsprämien für Vertragsnehmer, die staatlichen Leistungen für Veteranen sowie der Aufwand, den Angehörige von Soldaten und Veteranen auf sich nehmen, um für diese zu sorgen.

In der vorliegenden Studie betrachten wir lediglich die Kosten des Konflikts für Deutschland. Ein großer Teil der Kosten wird jedoch keineswegs von Deutschland getragen, sondern von Afghanistan und dessen Nachbarländern. Diese Kosten fanden keinen Eingang in die vorliegende Schätzung, sollten jedoch unbedingt einbezogen werden, wenn eine Studie zu den weltweiten wirtschaftlichen Kosten des Konflikts durchgeführt wird.<sup>20</sup>

**Fazit**

Mit diesem Beitrag legen wir die erste umfassende Schätzung der wirtschaftlichen Kosten für die Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan vor. Zu diesem Zweck haben wir die Staatsausgaben der Vergangenheit betrachtet und zukünftige Ausgaben auf der Grundlage von aktuell verfügbaren Anhaltspunkten geschätzt. Dies ermöglicht es uns, ein Spektrum von Gesamtkosten, ausgedrückt als Kapitalwert,

<sup>20</sup> Siehe beispielsweise Bozzoli, C., Brück, T., Sottas, S.: A Survey of the Global Economic Costs of Conflict. Defence and Peace Economics, Band 21(2), 165–176.

vorzulegen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass in Bezug auf die Daten noch immer Unzulänglichkeiten bestehen; wir setzen uns aber dafür ein, dass die Schätzungen verbessert werden, sobald mehr Daten verfügbar werden.

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Staatsausgaben der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan in einem realistischen Sicherheitsszenario auf 18 bis 31 Milliarden Euro belaufen, wobei die jährlichen Kosten (ohne Einbeziehung der beachtlichen Zinskosten) fast zwei Milliarden Euro betragen. Dies liegt weit über dem, was die in der Vergangenheit von der Regierung veröffentlichten Zahlen aufzeigen. Für das Jahr 2010 fordert die Regierung lediglich 1 059 Millionen Euro zur Finanzierung des deutschen Afghanistan-Einsatzes.

Außerdem belaufen sich die sonstigen wirtschaftlichen Kosten des realistischen Szenarios auf sechs bis 15 Milliarden Euro. Dieser Betrag umfasst die Kosten für die Finanzierung des Einsatzes sowie allgemeine gesellschaftliche Kosten. Kosten, die nicht im Haushalt enthalten sind, stellen somit einen weiteren wichtigen Aspekt bei der Beurteilung der Gesamtkosten für die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan dar. Diese Schätzungen enthalten noch immer viele ungewisse Faktoren, und wir hoffen, dass uns künftig vollständigere Daten zur Verfügung stehen, damit wir genauere Schätzungen vornehmen können.

Wäre dieser Bericht eine Kosten-Nutzen-Analyse, würden wir auch den Nutzen der Beteiligung am Krieg

erörtern. Aber da der Nutzen dieses Krieges größtenteils nicht finanzieller Natur und daher sehr schwer zu berechnen ist, haben wir uns dazu entschieden, von einer solchen Berechnung abzusehen. Aus diesem Grunde können wir auch nicht untersuchen, ob das militärische Engagement die angefallenen Kosten wert ist. Wir können jedoch feststellen, dass eine große Diskrepanz zwischen den Schätzungen des Verteidigungsministeriums und unseren eigenen Schätzungen zu den Gesamtkosten des Einsatzes besteht. Diese Diskrepanz ist hauptsächlich den einbezogenen Kostenarten zuzuschreiben, doch wir sind fest davon überzeugt, dass die aktuellen, in unserer Studie betrachteten Kosten relevant und angemessen sind.

Es besteht auch ein großer Unterschied zwischen Ex-ante- und Ex-post-Analysen der wirtschaftlichen Kosten eines Konflikts. In Bezug auf den Krieg im Irak ergaben Studien, die vor Kriegsbeginn die potenziellen Kosten des Krieges einschätzten, vollständig andere Ergebnisse als Studien, die während des Krieges erstellt wurden. Schließlich ist der Ausgang eines Konflikts immer höchst ungewiss, weshalb Ex-ante-Kostenschätzungen einer großen Fehlermarge unterliegen.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> In der Studie von Nordhaus, W. D. aus dem Jahr 2002 wurde geschätzt, dass der Krieg im Irak zwischen 100 und 1 900 Milliarden US-Dollar kosten würde. Bilmes und Stiglitz beziffern in ihrer konservativsten Schätzung aus dem Jahr 2008 die Kosten des Krieges auf drei Billionen US-Dollar.

**JEL Classification:**  
E65, F51, H56

**Keywords:**  
Afghanistan,  
War,  
Costs of conflict,  
Public expenditure



## Fünf Fragen an Tilman Brück

### „Die Kosten des Afghanistan-Einsatzes müssen auf breiterer Basis berechnet werden“

Prof. Dr. Tilman Brück,  
Leiter der Abteilung  
Weltwirtschaft  
am DIW Berlin

**Herr Prof. Brück, die Wirtschaftskrise strapaziert derzeit die Staatskasse. Kann sich Deutschland den Militäreinsatz in Afghanistan überhaupt leisten?**

Wenn es sich den Einsatz leisten will, ja. Volkswirtschaftlich betrachtet liegen die Kosten bei drei Milliarden Euro pro Jahr. Das ist nicht so viel im Vergleich zu einigen anderen Ausgaben, aber es ist auch nicht wenig. Es hängt also davon ab, welche Priorität wir dem Einsatz einräumen.

**Die ursprünglich geplanten Ausgaben für das deutsche Engagement in Afghanistan sind bereits aufgestockt worden. Mit welchen Kosten rechnen Sie?**

Wir sind von drei verschiedenen Szenarien ausgegangen. Wir haben überlegt, was passiert, wenn die Bundesregierung beschließt, so schnell wie möglich aus Afghanistan abzuziehen. Dann fielen zusätzliche Kosten für den Abzug an. Das zweite Szenario geht davon aus, dass wir noch einige Jahre dort bleiben werden. Das dritte ist das Worst-Case-Szenario, bei dem Deutschland gezwungen wäre, den Einsatz noch zu intensivieren.

Mit einem Abzug 2011 würde der Krieg insgesamt zwischen 18 und 33 Milliarden Euro kosten. Das wären die gesamten Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Das, was wir das realistische Szenario nennen, hätte Gesamtkosten von zwischen 26 und 47 Milliarden Euro zur Folge. Und wenn es in der Zukunft noch mal richtig intensiv wird, dann würde der deutsche Afghanistan-Einsatz zwischen 53 Milliarden und 92 Milliarden Euro kosten.

**Welche Kosten sind in Ihre Schätzung eingegangen?**

Einerseits nehmen wir die offiziellen Kosten, die die Bundesregierung auch zugrundegelegt hat, andererseits ergänzen wir diese Kosten um andere wichtige Faktoren, die man aus ökonomischer Sicht

auch hinzuziehen sollte. Dazu gehören weitere Ausgaben im Bundeshaushalt, die in anderen Ressorts anfallen. Das sind zum Beispiel Ausgaben für Entwicklungshilfe, die den Einsatz begleitet, oder auch Maßnahmen des Auswärtigen Amtes. Ein wichtiger Punkt sind die Kosten der Finanzierung dieser Ausgaben, denn das Geld muss ja irgendwie beschafft werden, sei es am Kapitalmarkt über Schulden oder sei es durch Steuern. Das hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Schließlich entstehen auch Kosten außerhalb des Bundeshaushalts für die Wirtschaft insgesamt.

**Ihre Zahlen weichen erheblich von denen der Bundesregierung ab. Hat die Regierung falsch geplant?**

Ein Bundeswehreinsatz im Ausland unter feindlichen Bedingungen ist schwer zu planen. Wir wissen ja nicht genau, was in Afghanistan im nächsten Jahr passieren wird. Da kann man es dem Bundesverteidigungsministerium nicht unbedingt zum Vorwurf machen, damals von anderen Voraussetzungen ausgegangen zu sein. Das Problem ist weniger, dass die Kosten insgesamt steigen; das Problem ist eher, dass eigentlich auch ganz andere Kostenblöcke berechnet werden sollten, wenn man eine ehrliche Einschätzung darüber abgeben möchte, was die Gesamtkosten des Krieges sind.

**Welchen Unterschied macht es, ob die Bundeswehr als sogenannte Friedenstruppe oder als kämpfende Truppe agiert?**

Je mehr gekämpft wird, desto höher sind die Kosten. Das größte Opfer, das Deutschland bringen kann, ist das Leben der Soldaten. Auch das haben wir versucht, in unseren Berechnungen zu berücksichtigen. Andererseits werden auch Material, Verbrauchskosten und Munition stärker genutzt und in Anspruch genommen. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass Afghanistan kein Blauhelm-Einsatz oder eine Polizeieinsatz ist. Von daher sind die Kosten relativ hoch.

Je mehr gekämpft  
» wird, desto höher «  
sind die Kosten.

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.  
Das vollständige  
Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

Viktor Steiner

### **Konsolidierung der Staatsfinanzen**

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen nach der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird eines der zentralen wirtschaftspolitischen Themen der nächsten Jahre sein: Die Regelungen zur „Schuldenbremse“ sehen für den Bundeshaushalt bis 2016 einen annähernd ausgeglichenen Haushalt vor, und auch die Länderhaushalte sollen bis 2020 weitgehend konsolidiert werden. Dadurch ergibt sich ein erheblicher Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte, der sich bei realistischen Annahmen über das strukturelle Defizit im Ausgangsjahr 2010 und die zu erwartende langfristige gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate bis 2016 auf knapp 80 Mrd. Euro summiert. Bei einem Ausgleich der kalten Progression durch eine Tarifierpassung bei der Einkommensteuer, wie in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien vorgesehen, würde der Konsolidierungsbedarf bis 2016 auf deutlich über 100 Mrd. Euro zunehmen. Damit verbunden wäre ein erheblicher Anstieg der Staatsverschuldung auf deutlich über 80 % des BIP. Aber auch bei einer erfolgreichen Konsolidierung würde die Staatsverschuldung in 2016 noch ca. 75 % des BIP betragen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die längerfristig mit einem erheblichen Anstieg der Staatsausgaben verbunden sein wird, erscheint die Konsolidierung der Staatsfinanzen geboten. Der Konsolidierungsbedarf sollte nach der Krise vor allem über die Ausgabe-seite realisiert werden. Wahrscheinlich werden aber die politisch realisierbaren Ausgabenkürzungen alleine nicht ausreichen, Steuer- und Abgabenerhöhungen werden ergänzend erforderlich sein. Erhöhungen der indirekten und vermögensbezogenen Steuern sind ökonomisch weniger schädlich als die der direkten Steuern und der Sozialabgaben. Die Spielräume für Steuerentlastungen sind gering; der Ausgleich der kalten Progression bei der Einkommensteuer ist wünschenswert, müsste aber gegenfinanziert werden.

### **Discussion Paper Nr. 1003**

Mai 2010

Elke Holst, Andrea Schäfer, Mechthild Schrooten

### **Gender, Transnational Networks and Remittances: Evidence from Germany**

Remittances from Germany are substantial. Cross-border transfers to family and friendship networks outside Germany are not only made by foreigners. Many naturalized migrants send money home as well. Here, we focus on international networks and gender-specific determinants of remittances from the senders' perspective, based on data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for the years 2001–2006. Our findings show, above all, that foreign women remit less money than foreign men. Using information on the social network in the home country we find, first, that the social network abroad explains part of gender differences in remittance behavior. Second, employing gender interaction terms for the social network effects suggests that remittance behavior is affected by traditional gender roles. Third, the migrant's social integration in the destination country matters. Remittance decisions of naturalized migrants do not show the aforementioned gender effect.

### **Discussion Paper Nr. 1005**

Mai 2010



**Weekly Report DIW Berlin**

No. 13/2010, April 30, 2010

**Innovation Promotes Internationalization of Small and Medium-Sized Enterprises**

Anna Lejpras

In recent decades the internationalization of small and medium-sized enterprises (SMEs) has increased significantly, especially in manufacturing industries. Yet in contrast to large, multinational corporations, not much is known about the international activities of SMEs. Data on East German SMEs show that size and innovative capacity have a significant influence on a company's international involvement, as measured by exports and relocating production or other operations abroad. Furthermore, external factors also impact the international activities of SMEs. Particularly significant in this regard is a company's competitive situation and locational factors such as spatial proximity to research institutions and support from regional authorities and organizations. Regional policy aimed at increasing the presence of SMEs in international markets should therefore foster firms' innovative capabilities and support regional companies with good services and guidance programs.

**Weekly Report DIW Berlin**

No. 14/2010, May 14, 2010

**Microlending: Is There Demand for Such Loans in Germany?**

Alexander S. Kritikos, Christoph Kneiding

A lack of financial means is viewed as a key reason why small businesses fail. Therefore, also in Germany several institutions tried to establish microloans as a financing tool. A first empirical study, building a benchmark for similar studies in Western Europe, shows that about 15 percent of all self-employed individuals would be interested in getting access to microloans. The study also demonstrates that these financial needs exist in target groups different from what was previously expected at least in Germany. Rather than offering microloans to business founders, they should be offered to existing small business owners in specific sectors. In addition, in order to be accepted by entrepreneurs, access to microloans must be available rapidly, with short repayment periods.

**Weekly Report DIW Berlin**

No. 15/2010, May 19, 2010

**Inter-ethnic Partnerships:  
Key Characteristics, and What They Reveal about Successful Integration**

Olga Nottmeyer

Partnerships between immigrants and native-born citizens are commonly viewed as the product of successful social integration, as well as a possible driving force of economic success. Thus, immigrants living in inter-ethnic partnerships have on average a higher level of education, better occupational status, and higher income than those living in intra-ethnic relationships. Data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) show that immigrants in relationships with native Germans describe themselves on average as particularly communicative and open. However, in this area there is no difference between Germans in inter-ethnic relationships and those in German-German partnerships. Similarly, readiness to take risks and general life satisfaction are not above average among Germans in inter-ethnic relationships. By contrast, immigrants in inter-ethnic relationships evaluate themselves as particularly willing to take risks and interested in politics. In addition, they see themselves as less often subject to discrimination than immigrants living in intra-ethnic partnerships.

**Veröffentlichungen des DIW Berlin**

**Weekly Report DIW Berlin**

No. 16/2010, May 19, 2010

**Mechanical Engineering:  
Medium-Sized Companies With Highest Savings Potential**

Alexander S. Kritikos, Alexander Schiersch

The German mechanical engineering industry, dominated by medium-sized companies, is greatly successful—both on the domestic and on the international market. A first analysis conducted by DIW Berlin reveals that this success cannot be attributed to a better exploitation of potential efficiencies—mechanical engineering is about as efficient as other key sectors (for instance the chemical industry). In fact, despite their obvious success medium-sized mechanical engineering businesses have larger savings potential than bigger companies and even than smaller enterprises in this industry.

**Weekly Report DIW Berlin**

No. 17/2010, May 19, 2010

**Internalization of the Chinese Renminbi: An Opportunity for China**

Olaf Stier, Kerstin Bernoth, Alexander Fisher

China has taken first steps hinting at an internationalization of the Renminbi: The country has begun cautious action for opening up its capital account and allowed currency fluctuations within a certain limit between 2005 and 2008. Promoting Hong Kong as a test center for the Renminbi's internationalization is pointing in the right direction because it at least makes an offshore Renminbi market possible. Therefore, the silent re-pegging of the Renminbi to the US Dollar in 2008 was a step back. Instead of binding the Renminbi again to a foreign currency, China should gradually enable more trade with the Renminbi. Independent monetary policy and free foreign currency trading are two key pillars of the modern financial world. Liberalizing the capital account is a gradual process and should go hand in hand with the establishment of a strong Chinese financial sector. As soon as this financial sector can absorb foreign capital in a flexible, independent way, the Renminbi stands a good chance to develop into an appreciated international currency.

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
(Vizepräsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Lektorat**

Dr. Stefan Bach  
Dr. Kerstin Bernoth  
Prof. Dr. Christian Dreger

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-897 89-249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,—  
Einzelheft Euro 7,—  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier

Schlüssler 2008



## Finanzmarkttransaktionssteuer: Ein zweiseitiges Schwert, aber ein wichtiges Signal

von Alexander Kritikos und Christian Dreger\*

Seit bald 40 Jahren kreist die Diskussion um die Einführung einer Transaktionssteuer zur Regulierung der Finanzmärkte. Zunächst als Tobin-Steuer debattiert, wird diese Abgabe mittlerweile als umfassendes Instrument gesehen, mit dem jedweder Handel mit Finanzprodukten – Aktien, Anleihen, Devisen und Derivate – besteuert werden soll. Verschiedene Effekte sind von der Abgabe zu erwarten: Mit der Besteuerung werden Arbitragegeschäfte mit Finanzprodukten dann unrentabel, wenn die Kursdifferenzen die Kosten der Steuer nicht decken. Transaktionen bei kleinen Gewinnmargen verlieren so an Attraktivität. Gleichzeitig fallen Einnahmen aus allen getätigten Finanzgeschäften an. Neuester Vorschlag für deren Verwendung: Die Steuereinnahmen werden zur teilweisen Deckung der Kosten aus der letzten Finanzkrise genutzt. Die derzeit diskutierte Größenordnung des Steuersatzes von 0,5 Promille dürfte nach verschiedenen Rechnungen zu jährlichen Steuermehreinnahmen in Deutschland von rund 20 Milliarden Euro führen – vorausgesetzt der Handel wird nicht in Länder verschoben, in denen es keine solche Steuer gibt.

Und damit sind wir mitten bei der Kritik an diesem Instrument. Führen einzelne Länder die Steuer im Alleingang ein, sind Ausweichreaktionen zu erwarten. Die Geschäfte würden auf Finanzplätze verlagert, an denen keine solche Abgabe fällig ist. Die Erfolgsaussichten dieser Steuer sind

daher umso größer, je mehr Länder sich an ihrer Einführung beteiligen. Ein EU-weiter Ansatz wäre zumindest ein vielversprechender Anfang. Aber es gibt auch Zweifel an der Wirksamkeit der Steuer im Hinblick auf den erhofften Abbau von Instabilitäten auf den Finanzmärkten, weil gerade auch Arbitragegeschäfte Märkte stabilisieren können. Und schließlich bleibt unklar, wer am Ende die Kosten der Steuer trägt, die Finanzakteure selbst, oder deren Kunden, an die die Kosten weitergereicht würden?

Die langfristigen Wirkungen sind folglich nicht absehbar. Darüber hinaus bleibt die grundsätzliche Notwendigkeit bestehen, die Regeln auf den Finanzmärkten so zu überarbeiten, dass Finanzkrisen des gerade erlebten Ausmaßes nicht mehr eintreten. Daher müssten einer Einführung der Transaktionssteuer weitere Schritte folgen wie etwa eine umfassendere Kontrolle von Hedgefonds oder eine Reform der Anreizsysteme für Bankmanager. Angesichts der weltweiten Verflechtungen der Finanzmärkte sind solche Regelungen möglichst im G20-Rahmen umzusetzen. In diesem Sinne wäre die Einführung der Transaktionssteuer zwar nur ein erster Schritt aber vor allem ein zentrales politisches Signal dafür, dass die Regulierung der Finanzmärkte ernsthaft vorangetrieben wird. Einigt man sich nicht auf diese Steuer, ist das Signal ebenso klar: Den seit zwei Jahren gesprochenen Worten wollen keine Taten folgen.

\* Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Vizepräsident und Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung, Prof. Dr. Christian Dreger ist Leiter der Abteilung Konjunktur am Deutschen Institut Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin.